

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

Notieren Sie unseren Telefonanschluß: Hannover 2 0 9 5 1

Hannover, 10.12.46 - 1

r.44

## Um den heißen Brei

P.R. Ueberall in Deutschland finden jetzt Landtagssitzungen statt, die zu Regierungserklärungen Stellung nehmen oder Stellung genommen und die nun ihre Arbeit begonnen haben. Landtag wie Regierung liegen in den Fesseln der Unselbständigkeit in allen entscheidenden und in den meisten weniger wichtigen Fragen. Es ist nun interessant, zu sehen, wie diese - mit Vorbehalt - parlamentarischen Einrichtungen sich in der Zwangsacke aufführen und bewähren.

Im allgemeinen ist zuzugestehen, daß die Selbstdisziplin der Parteien zunächst noch größer ist als vor 1933. Der Grund mag auch darin liegen, daß heute die Mitte, zu der wir trotz aller Gegensätze sowohl die SPD wie die CDU zählen, überragend stark ist, wobei auch hier wieder das "noch" im Hintergrund droht.

Aber nach der Seite der politischen Programmgestaltung bleiben doch viele, wenn nicht die meisten Wünsche offen, und als allgemeines Kennzeichen der Parlamentsdebatten in den deutschen Ländern muß leider eine weitesten Kreisen fehlende Bereitschaft angesehen werden, wirklich neue Wege zu gehen. Das Wort von der "Neuen Zeit" wird viel gebraucht, es prangt auch als Titel auf dem Zentralorgan der großen bürgerlichen Sammelpartei. In den Reden der Abgeordneten ist davon schon viel weniger zu spüren. Was wird schließlich bei den politischen Taten davon übrig bleiben?, fragt man besorgt.

Das Bild wiederholt sich immer wieder: Auf der einen Seite der mehr oder weniger temperamentvoll vorgetragene, immer aber wirklich ernsthaft vorwärtsdrängende Wille der SPD zu neuem Inhalt des politischen Lebens, die klar erkennbare Absicht, nicht wieder nach Weimar zurückzukehren, mit Halbheiten Schluß zu machen, der Tiefe des deutschen Sturzes entsprechend durchgreifende Maßnahmen zu wählen und auszuführen - auf der anderen Seite das in verschiedener Form wiederkehrende Prinzip des

emenschuhs und die Bereitschaft, gerade eben nur das aus dem Schatz der vorkriegs-nazistischen Zeit aufzugeben, was nun einmal im Zuge jener "neuen Zeit" absolut nicht mehr zu halten ist. Die Anhänglichkeit an die bessere Vergangenheit und diese Neigung gegenüber den Notwendigkeiten der bitteren Gegenwart und der kaum weniger schlimmen Zukunft ist in jenen politischen Gruppen wohl verschieden groß, aber überall vorhanden, und sie droht ein schweres Hindernis beim Neuaufbau Deutschlands zu werden.

Wenn zum Beispiel ein sozialistisch geführte und auch in ihrer sonstigen Zusammensetzung sozialistisch betonte Regierung bei ihrem Amtsantritt eine Erklärung abgibt, die im Grunde bei der CDU mehr Zustimmung findet als bei der eigenen Partei, so kann man das nicht einfach als beispielhafte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen politischen Gruppen gutheißen, sondern man muß darin ein allzu deutliches Zeichen von Nachgiebigkeit sehen, das am Beginn entscheidender Arbeit besonders bedenklich ist.

Verwaschene, farblose Regierungserklärungen, die jedes Thema ansprechen, aber zu keinem eine fest umrissene und politisch klar akzentuierte Aussage machen, mögen noch hingehen, solange im Grunde die Militärregierung über allem steht. Aber wenn die Zeit der größeren politischen Selbständigkeit gekommen ist, dann werden solche Spaziergänge um den heißen Brei kein geeignetes Mittel sein, mit den Dingen fertig zu werden. Es werden dann tiefgreifende Entschlüsse auch unter Aufgabe lieb gewordener Gewohnheiten und nicht zuletzt - Positionen verlangt. Die sozialistische Grundtendenz der heutigen Entwicklung wird sich dabei immer deutlicher herauskristallisieren. Und sie wird dann nicht mehr eine Sache des Übergewichts einer Partei, sondern der Ausdruck eines unausweichbaren geschichtlichen Erfordernisses sein.

In den Debatten hält es fast jeder Redner für angebracht, von der Notwendigkeit der Einheit, der friedlichen Zusammenarbeit zu sprechen. Solche Mahnungen finden auch fast immer Anklang und Zustimmung. Aber es hat keinen Sinn, eine Einheit vorzutäuschen, wo sie nicht besteht und es ist nicht und nützlich, daß sie in der Sache tatsächlich nicht vorhanden und wie die Dinge in Deutschland liegen auch nicht möglich ist. Nur zu oft wird die Forderung nach Ruhe und Frieden nur erhoben, um den Fortschritt zu hemmen, um dem Neuen, das werden muß, den Weg zu verbauen. Die Sozialdemokraten wollen das Neue aber, das neue sozialistische Deutschland und können darauf nicht um einer Einigkeit willen verzichten, die keinen Inhalt hat. Denn das Leben des deutschen Volkes ist wichtiger als ein erhebendes Gefühl, man sei sich einig.

Wir raten davon ab, diesen Beitrag zu veröffentlichen, halten ihn aber für interessant genug, Ihr persönliches Interesse darauf zu lenken. (Redaktion)

Faschistische Strömungen in England und USA

Man hielt sie für tot. Aber die Anzeichen häufen sich, daß die faschistische Wahnsinnsidee weiterlebt, bzw. zu neuem Leben erwacht ist und es ist absurd und paradox an, daß sich gerade in den beiden großen westlichen Demokratien, die zur Befreiung der Welt von der Tyrannei Adolf Hitlers und Benito Mussolinis zu den Waffen griffen, in letzter Zeit faschistische Strömungen bemerkbar machen. So wurde vor kurzem in den USA eine faschistische Bewegung festgestellt, die ganz nach nationalsozialistischem Muster aufgebaut ist und deren Ziel es ist, Amerika zu einem "nationalsozialistischen und reinrassigen Staat" zu machen und alle Neger nach Afrika zu transportieren. Die Bewegung wendet sich besonders an die ehemaligen Kriegsteilnehmer der USA. Ihre Anhänger nennen sich die "Columbiens". Sie tragen in offensichtlicher Nachahmung der Naziformationen Braunhemden und einen gestrickten, roten Blitzstrahl auf den Spalletten, grüßen mit ausgestrecktem Arm und haben als Schlächtruf "Heil Columbiens" gewählt. Welchen Zulauf diese faschistische Gefahr bereits erhalten hat, läßt sich schwer sagen - aber daß sich namhafte amerikanische Blätter mit ihr befassen, läßt erkennen, daß sie nicht auf die leichte Schulter genommen werden darf.

In England ist Sir Oswald Mosley, der "Hitler in der Westentasche", der während des Krieges interniert und mundtot gemacht worden war, neuerdings wieder ungemein aktiv geworden und eifrig dabei, die übriggebliebenen Trümmer der aufgelösten British Union of Fascists in der Union for British Freedom (Vereinigung für britische Freiheit) zu einem neuen, lebensfähigen Parteikörper zusammenzuschweißen. Nachdem sich seine Anhänger monatelang hinter verschlossenen Türen in den sog. "Bücher-Clubs" getroffen hatten, traten sie sich vor einiger Zeit im Londoner Denison House erstmals mit einer öffentlichen Kundgebung hervor, auf der der ehemalige politische Leiter der Britischen Faschisten-Vereinigung, ein gewisser A. Raven Thompson, eine wüste Hetzrede gegen die Sowjetunion und gegen das Judentum hielt, bis eine antifaschistische Gruppe in den Saal eindrang und die Versammlung zum vorzeitigen Abbruch zwang. Mosley spricht vorerst nur in den "Bücher-Clubs", tritt aber sonst wieder genau so großspurig und arrogant wie vor seiner Verhaftung auf und preist sich selbst als künftigen Messias an, der eines Tages die Welt mit der neuen Zivilisation beglücken werde, nach der er schreie.

Neben der Mosley-Bewegung läuft noch die sog. "Volks-Partei", die vom Herzog von Bedford und dem früheren Mosley-Anhänger John Becket geleitet wird. Sie hat in jüngster Zeit durch eine provozierende Broschüre von sich reden gemacht, in der gegen den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Sturm gelaufen wurde, der "als Rückfall in die Barbarei und die Dunkelheit" bezeichnet wurde.

Die "Nationale Front", eine weitere faschistische Gruppe in England, wird durch stark antidemokratische, ultrapatriotische und antisemitische Tendenzen gekennzeichnet und arbeitet äußerst vorsichtig, dagegen bemüht sich die "British Protestant League", die sich um den Schotten Alexander Maccliffie schart, und aus ihrer pronazistischen und antisemitischen Einstellung kein Hehl macht, um möglichst große Beachtung durch die Öffentlichkeit, wozu vor allem die Kampfschrift "Vanguard" dient. Die extremste aller faschistischen Strömungen in England aber bildet zweifelsohne die "League für christliche Reformen", in der sich ehemalige Mosley-Anhänger zusammengeschlossen haben, die im Vorjahre bereits die englische Öffentlichkeit in starke Erregung versetzten, als sie bei der Versteigerung der Einrichtung der deutschen Botschaft nicht weniger als 2000 englische Pfund

für eine Hitlerbüste bezahlten, die sie in ihrem Parteiheim, dem Kingdom House aufstellten. Wes Geistes Kinder diese Mitglieder der "Liga für christliche Reformen" sind, erhellt am besten aus einem Artikel des von ihr publizierten "Kingdom Herald", dessen Verleger ein ehemaliger Hutfabrikant aus Stockport namens Battersley ist. In diesem Artikel, der die Überschrift trug "Lebt Adolf Hitler"? wurde allen Ernstes behauptet, daß Hitler der "gottgewählte Herrscher mit dem Eisenstab" sei, von dem im Buche der Offenbarung die Rede ist und daß "Hitler unsterblich sei, weil in ihm der göttliche Geist Jesus Christus" wohne.

Selbstverständlich verfolgt die britische Regierung all diese faschistischen Gruppen mit größter Aufmerksamkeit. Sie wird sicherlich auch Mittel und Wege finden, um dem Treiben der britischen Faschisten rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben und eine weitere Ausbreitung jener Seuche zu verhindern, die die Welt schon einmal in ein Blutbad unvorstellbaren Ausmaßes gestürzt hat.

(b/B10/1012/1/hs)

---

### Phasen der russischen Außenpolitik

Die außenpolitische Strategie Rußlands, heute wieder Gegenstand besonders sorgenvoller Überlegungen, hat auch in der Vergangenheit viele Rätsel aufgegeben. Eine in ihrer Klarheit besonders überzeugende Darstellung der wechselliebigen Geschichte der Moskauer Außenpolitik gibt der ehemalige amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, William Bullitt, in seinem Buch "The great Globe itself" in freier Übersetzung etwa: Anspruch auf den ganzen Erdball. Danach hat die russische Außenpolitik ihren Kurs seit 1917 nicht weniger als 6 mal gründlich geändert:

1. 1917 - 1920 glaubte die Sowjetregierung, daß die kommunistische Revolution ganz Europa überfluten würde und führte dementsprechend eine allgemeine Offensive mit der Waffe des Klassenkampfes.
2. 1920 - 1933 erkannte die Sowjetunion, daß sie gegenüber den nicht kommunistischen Staaten verzweifelt schwach war und von ihnen möglicherweise einen Angriff zu befürchten hatte. Sie machte einen strategischen Rückzug und schloß mit vielen Nachbarstaaten Nichtangriffspakte ab (Türkei 1925, Deutschland und Litauen 1926, Iran 1927, Afghanistan 1931, Polen, Finnland, Lettland, Estland 1932).
3. 1934 - 1939 fürchtete die Sowjetunion, in einen Zweifrontenkrieg mit Deutschland und Japan zu geraten. Sie strebte daher eine Verständigung mit Hitler an, trat 1934 in den Völkerbund ein, schloß mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 Bündnisverträge ab und organisierte im Auslande antifaschistische Bewegungen.
4. Vom 23. August 1939 bis Juni 1940 erste Phase des Hitler-Stalin-Paktes. Rußland hoffte auf einen langen Erschöpfungskrieg zwischen Deutschland, Frankreich und England und nahm an, daß es während der Dauer dieses Krieges seitens Deutschlands nichts zu befürchten haben würde und daß das durch diesen Krieg hervorgerufene Elend der Sowjetunion die Möglichkeit verschaffen würde, dem Kommunismus in ganz Europa zum Siege zu verhelfen. Diese Erwägungen bestimmten die Sowjetregierung, den Angriff wieder aufzunehmen. Daher brach sie ihre Verträge mit Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien und annektierte große Teile Finnlands, die ganzen baltischen Staaten und große Teile Polens und Rumäniens.
5. Juni 1940 - 1944: Der französische und britische Widerstand gegenüber den deutschen Armeen in Europa war rapide zusammengebrochen, so mußte man annehmen, daß die Sowjetunion in die Gefahr eines Zweifrontenkrieges durch Deutschland und Japan geriet. Daher beeilte sich die Sowjetregierung, ihre Vereinbarung mit Deutschland aufrechtzuerhalten und schloß zugleich mit Japan am 13. April 1941 einen Nichtangriffs-

44  
akt. Als dann Deutschland am 21. Juni 1941 die Sowjetunion angriff, nahm sie ihre Zuflucht zur Verteidigung und ebenso zu einer defensiven Politik im Inneren und nach außen. Dabei tat sie alles Erdenkliche, um die Hilfe einiger Bourgeois-Staaten, z.B. den USA, zu erhalten. Zu diesem Zwecke schrieb sie die kommunistische Partei in den USA ab und ebenso die kommunistische Internationale (Komintern). Zu diesem Zweck unterzeichnete sie die Atlantik-Charta und alle anderen allgemeinen Ankündigungen guter Absichten, die ihnen von England und von den USA vorgeschlagen wurden.

1945 - 1946: Die Rote Armee hatte Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien, Albanien, größte Teile von Österreich und der Tschechoslowakei, Deutschland bis zur Elbe, die Mandschurei und das nördliche Korea entweder besetzt oder durch Schattenregierungen unter ihren Einfluß gebracht. Sie ging dazu über, diese Länder einer vollständigen Beherrschung zu unterwerfen und bediente sich der Mitwirkung von Fünften Kolonnen, um den Grund für ihre Herrschaft in weiteren Ländern Europas, insbesondere in Frankreich, Italien, Griechenland u.a. zu legen.

(b/B8/512/1/hs)

---  
Musterländischer Bilderbogen Baden-Baden, Anf. Dez.

Unser einst so vielgerühmtes "Musterländle", dessen südlicher, französisch besetzter Teil seit 1 1/2 Jahren geradezu in einem Dornröschenschlaf lag, macht auf einmal ganz erheblich von sich reden. Dieser südwestlichste Zipfel Deutschlands, einsam und verlassen in einer Ecke am Oberrhein gepreßt, nach überallhin nahezu hermetisch abgeschlossen, besonders streng nach seiner nördlichen, amerikanisch besetzten Hälfte, führte bis jetzt ein geradezu kümmerliches, kärgliches Dasein! Keine Industrie, hauptsächlichstes Ausführprodukt nur das Holz des Schwarzwaldes, in dessen Tannenwäldern aber schon böse, böse Lücken gerissen sind, völlig ungenügende Ernährung, noch unter dem Reichsdurchschnitt, weil kaum etwas von außen hereinkommt. Es ist wirklich nicht zu viel gesagt: Dieser traurige Überrest eines einstmalis schönen, blühenden und angesehenen, auch gut regierten Landes, ist in dem Reigen der deutschen Länder am übelsten daran.

Jetzt macht das Ländchen auf einmal politisch von sich reden. Allerdings auf eine wenig erfreuliche Art. Zuerst inszenierte die Landesverwaltung - so hieß in Südbaden die Regierung - den bekannten Krach mit den Nordbadisch-württembergischen Landesleuten, weil diese in ihrer Freundschaft über das gelungene Verfassungswerk den südbadischen Brüdern einen freundlichen Gruß übersandten, der aber äußerst unfreundlich aufgenommen wurde. Das Merkwürdige an diesem südbadischen Schwabenstreich ist aber, daß die Bevölkerung keine Ahnung von den Dingen hatte, erst wochenlang später davon erfuhr, als die Presse sich mit der Angelegenheit beschäftigte, und zwar erfreulicherweise durchaus kritisch gegenüber der Landesverwaltung. Die schroffe und bruske Antwort der Landesverwaltung wurde allgemein verurteilt und mißbilligt. Als weitere Sensation erfolgte der Rücktritt des Ministerialdirektors des Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums, Diez, weil man ihn für die katastrophale Kartoffelversorgung verantwortlich machte. Und merkwürdigerweise war die eigene Partei die erste, die von dem alten, verdienstvollen Parlamentarier abrückte, was im Lande übel vermerkt wurde. Wir sind überzeugt, daß den Ministerialdirektor Diez nur die geringste Schuld an der Kartoffelmisere trifft.

Hierauf kam die Justiz an die Reihe mit dem Fall Tillessen. Über diesen Justizskandal ist die Welt einmütig im Urteil. In Baden ist man nur der Auffassung, daß auch noch höhere Stellen als der Gerichtsvorsitzende verantwortlich gemacht werden müßten.

Und schließlich haben wir über Nacht eine neue Regierung bekommen. Zwar auch wieder keine Regierung, sondern nur Staatssekretäre, so heißen die verantwortlichen Minister. Sie üben die vollziehende und gesetzgebende Gewalt aus, können vor Veröffentlichung von Verordnungen die Stellungnahme der Landesversammlung verlangen, aber zur Demission können sie von der Landesversammlung nicht genötigt werden. Also sozusagen eine parlamentarisch-unparlamentarische Staatsform. An der Spitze steht ein Präsident, der bei den Beratungen der Regierung zwei Stimmen hat. Im Ganzen besteht die Regierung aus 10 Mitgliedern, 5 Vertretern der BCSV, zwei Sozialdemokraten, 2 Demokraten und einem Kommunisten. Da der Präsident über zwei Stimmen verfügt, hat die BCSV also die Mehrheit im Kabinett. Präsident wurde der Vorsitzende der badischen BCSV, Wohleb. Außer dem Wirtschaftsminister hat noch keines der neuen Regierungsmitglieder ein solches Amt bekleidet.

Die neuen Herren werden viel Arbeit haben, wenn es ihnen gelingen soll, den durch die Vorkommnisse der letzten Wochen stark ramponierten Namen des "Musterländles" wieder zu Ehren zu bringen. Hermann Winter.

---

#### Frankreich und die deutschen Kriegsgefangenen

Das Ersuchen der amerikanischen Regierung an Frankreich, Belgien und Holland um Freigabe der von den Amerikanern gemachten und den genannten Ländern zur Verfügung gestellten deutschen Kriegsgefangenen hat in Frankreich starkes Befremden ausgelöst. Durch dieses Verlangen werden 500 - 600 000 der insgesamt 616374 Kriegsgefangenen betroffen, die sich am 1. November in französischen Lagern befanden. Von diesen werden, nach einer Meldung des sozialistischen "Populaire" 207 044 in der Landwirtschaft, 18339 in der Forstwirtschaft, 37 589 beim Wiederaufbau, 30 420 bei der Trümmerbeseitigung, 56 228 in Kohlenbergwerken, 6993 in Steinbrüchen, 7573 in der chemischen Industrie, 9502 in der Stahl- und Eisenindustrie, 38863 in der Maschinen- und Elektroindustrie, 37828 in besonderen Arbeitskommandos, 6546 für die Legung von Telefonleitungen, 12324 für den Brücken- und Straßenbau und 5521 an der Eisenbahn beschäftigt, während 2214 in verschiedenen anderen Berufen tätig sind. Der Rest (132 862) arbeitet in den Lagern selbst. Ein besonders empfindlicher Schlag würde die Freilassung der in den Kohlengruben tätigen deutschen Kriegsgefangenen sein, denn durch sie wird ein Fünftel der gesamten französischen Kohlenproduktion gefördert. Noch stärker würde sich aber die Rückkehr aller Kriegsgefangenen auf den sog. Monnet-Plan auswirken, durch den Frankreichs Wirtschaft in den nächsten vier Jahren zu einer neuen Blüte gebracht werden soll. Er sieht nicht nur die weitere Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen, sondern auch die Einwanderung von 700 000 ausländischen Arbeitern vor.

(m/B10/1012/1/hs)

---

Verantwortlich: Fritz S a n g e r , Hannover